

Zähes Ringen um Religionsfreiheit in der Türkei

Erstmals wieder Gottesdienste in einigen Kirchen – die wichtigsten Forderungen der Christen bleiben unerfüllt

Die Lage der christlichen Minderheiten der Türkei hat sich in den letzten Jahren verbessert. Die Konzessionen können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass den wenigen Christen religiöse Grundrechte noch immer vorenthalten werden.

Cyrrill Stieger, Istanbul

Das Tor zum einstigen Priesterseminar auf der Insel Heybeli (griechisch: Chalki) im Marmarameer unweit von Istanbul ist weit geöffnet. Besucher werden in Kutschen hierhergefahren und wieder zurück zur Anlegestelle des Schiffes gebracht. Die kleine Insel ist autofrei, der Duft von Pinien vermischt sich mit dem Geruch von Pferdemist. Das Gebäude, umgeben von einem gepflegten Garten mit Blick auf das Meer, liegt auf einem Hügel. Auf dem Dach weht eine türkische Fahne. In den Gängen und Klassenzimmern riecht es nach Wachs und Bodenwischse wie in Schweizer Klosterschulen in den sechziger Jahren. Auch die aufklappbaren Pulte erinnern an eine längst entschwundene Zeit. Alles ist säuberlich geputzt, nirgends ein Zeichen des Zerfalls. In den Schulzimmern sieht alles so aus, als ob die Seminaristen diese erst am Abend zuvor verlassen hätten.

Fehlender Nachwuchs

Dabei gibt es in dem grossen Gebäude, in dem Generationen von griechisch-orthodoxen Priestern ausgebildet wurden, seit fast vierzig Jahren keinen Unterricht mehr. Die türkischen Behörden schlossen das Seminar 1971 im Zuge der Verstaatlichung aller privaten Hochschulen. Nun ist es erstmals wieder geöffnet, allerdings nicht für den Lehrbetrieb. In einem der Gänge und in drei Klassenzimmern werden Gemälde, Zeichnungen und Skulpturen griechischer Künstlerinnen und Künstler gezeigt. Die vom griechischen Konsulat in Istanbul und – so der offizielle Name – von der «Heiligen Theologischen Schule» von Chalki organisierte Ausstellung steht unter dem Motto «Tracing Istanbul». Die Werke sind inspiriert von Mythen, Legenden, Farben, Düften und Geräuschen der Stadt am Bosphorus. Das Spektrum reicht von der Antike über das christliche Byzanz und das Osmanische Reich bis hin zur Türkischen Republik.

Die Ausstellung wurde im August vom Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, Bartholomaios I., eröffnet. Er ist der Ehrenprimas aller orthodoxen Christen und residiert im Phanar am Goldenen Horn von Istanbul. Für die türkischen Behörden ist der Patriarch nur das geistliche Oberhaupt der griechisch-orthodoxen Minderheit von Istanbul. Eine der wichtigsten Forderungen des Patriarchats, die Wiederaufnahme des Lehrbetriebs im Priesterseminar, hat sich bisher nicht erfüllt; und dies, obschon private Hochschulen in der Türkei wieder zugelassen sind. Allein in Istanbul gibt es über 20.

Für das Patriarchat ist die Wiederöffnung des Priesterseminars eine existenzielle Frage. Nach türkischem Recht muss der Ökumenische Patriarch türkischer Staatsbürger sein. Doch gibt es immer weniger griechisch-orthodoxe Geistliche, die zugleich auch Türken sind. Dem Patriarchat, das darauf beharrt, die Priester selber auszubilden, fehlt es an Nachwuchs.

Kleine Fortschritte

Allerdings wäre auch im Falle einer Wiederöffnung des Priesterseminars der Lehrbetrieb nur möglich, wenn Professoren und Studenten auch aus ausländischen Diözesen, die der Jurisdiktion des Ökumenischen Patriarchen unterstellt sind, zugelassen würden. Dazu gehören neben der Mönchsrepublik Athos Gebiete im Norden Griechenlands, einige griechische Inseln sowie griechisch-orthodoxe Diaspora-Ge-



Patriarch Bartholomaios I. (Zweiter von rechts) beim Gottesdienst im Sumela-Kloster in der Nähe von Trabzon. MURAT KABAN / EPA

meinden in Westeuropa und Übersee. Bis 1964 war das auch möglich. Nach heutigem Recht dürfen aber nur türkische Staatsbürger eine Minderheitenschule besuchen, und als solche gilt auch das Priesterseminar. Nur wenige Orthodoxe erfüllen heute dieses Kriterium.

Dennoch sieht Dositheos Anagnostopoulos, der Pressesprecher des Ökumenischen Patriarchen, durchaus positive Entwicklungen. Dazu gehört nicht nur die Ausstellung in den Räumen des Priesterseminars auf der Prinzeninsel Heybeli. Erstmals seit der Zwangsausiedlung der sogenannten Schwarzmeer-Griechen nach dem Ende des Türkisch-Griechischen Kriegs vor 88 Jahren fand im August im orthodoxen Sumela-Kloster in der Nähe der Stadt Trabzon ein Gottesdienst statt. Tausende von orthodoxen Christen kamen zu der von Bartholomaios I. zelebrierten Messe. Das vom Staat renovierte Kloster ist, wie auch andere Gotteshäuser in der Türkei, ein Museum. Allein schon der Umstand, dass die Behörden offenbar gewillt sind, jedes Jahr einen Gottesdienst im Kloster zuzulassen, gilt als grosser Fortschritt.

Positiv ist nach Meinung von Anagnostopoulos auch, dass vor kurzem erstmals offizielle Vertreter des Staates erklärt haben, die Türkei sei im Prinzip bereit, das Priesterseminar wieder zu öffnen. Auch stören sich die Behörden nicht mehr daran, wenn in offiziellen Schreiben des Patriarchats, etwa in der Einladung zur Ausstellung im Priesterseminar von Chalki, der Titel «Ökumenischer Patriarch» verwendet wird. Zu-



dem hat die Kirche einen wichtigen Prozess gewonnen. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte muss die Türkei das inzwischen verfallene einstige Waisenhaus auf Büyükkada, der grössten der Prinzeninseln, dem Patriarchat als dem rechtmässigen Eigentümer zurückgeben. Bis jetzt ist das Urteil allerdings noch nicht umgesetzt worden. Die Rückgabe wäre auch deshalb von Bedeutung, weil das Patriarchat dadurch indirekt als Rechtssubjekt anerkannt würde.

Das alles sind zwar nur kleine Schritte. Dennoch attestiert Anagnostopoulos dem Regierungschef Erdogan, einst ein Islamist, durchaus guten Willen. Er bezeichnet ihn als einen für türkische Verhältnisse beispiellosen Demokraten. Zweifellos hat die islamisch-konservative Regierung mehr für die nichtmuslimischen Minderheiten getan als die kemalistischen Regierungen zuvor. Vor-

den Parlamentswahlen Mitte nächsten Jahres allerdings erwartet auch Anagnostopoulos kein weiteres Entgegenkommen. Dies wäre, so meint er, Munition für die politische Opposition, welche die Wiederöffnung des Priesterseminars ablehnt.

Da das Ökumenische Patriarchat bisher nicht als juristische Person anerkannt worden ist, muss es auf das Wohlwollen der Herrschenden bauen und ist damit auch deren Willkür ausgeliefert. Daran wird sich wohl so bald nichts ändern, und die Christen werden weiterhin auch für die selbstverständlichen Rechte hart kämpfen müssen. Die Türkei ist kein laizistischer Staat, wie ihre Vertreter immer betonen. Die Religion ist vielmehr dem Staat untergeordnet. Wären die beiden Sphären wirklich getrennt, dürfte es kein staatliches Amt für religiöse Angelegenheiten geben, das die muslimischen Geistlichen aus-

bildet und bezahlt. Der sunnitische Islam ist faktisch Staatsreligion. So ist es nicht verwunderlich, dass die muslimische Minderheit der Alewiten, die sich gegen die Vereinnahmung durch den staatlich kontrollierten sunnitischen Islam zur Wehr setzt, bisher vergeblich mehr Rechte und eine Gleichstellung mit den Sunniten gefordert hat. Mindestens ein Fünftel der türkischen Bevölkerung sind Alewiten. Ohne eine Neudefinition des Verhältnisses von Staat und Religion sowie eine grosszügigere Politik gegenüber allen Minderheiten wird die Regierung den kleinen christlichen Gemeinden auch künftig grundlegende religiöse Rechte verweigern.

Nach Angaben von Anagnostopoulos leben heute in Istanbul noch etwa 2500 Griechen. Ihre Zahl habe in den letzten Monaten wegen der Krise in Griechenland allerdings zugenommen. Nach seinen Schätzungen sind etwa 300 Griechen aus Griechenland aus beruflichen Gründen nach Istanbul gekommen. Doch dürfen ihre Kinder keine griechischen Schulen besuchen, denn gemäss dem türkischen Gesetz stehen solche Schulen nur Angehörigen von nichtmuslimischen Minderheiten offen, die türkische Staatsbürger sind. Wenn sich daran nicht bald etwas ändert, ist das Ende der griechischen Minderheitenschulen absehbar.

Nur noch in acht von dreissig griechischen Schulhäusern in Istanbul findet Unterricht statt. Die leerstehenden Gebäude dürfen nicht für andere Zwecke benützt werden. Wie gross das Misstrauen ist, das der verschwindend kleinen Zahl von orthodoxen Christen in der muslimischen Türkei auch heute noch entgegengebracht wird, zeigt allein der Umstand, dass an allen Minderheitenschulen die beiden Fächer Geschichte und Geografie in türkischer Sprache und von türkischen Lehrern unterrichtet werden müssen. Noch immer sehen viele nationalistische Türken in den Christen einen Fremdkörper oder gar eine Gefahr für den türkischen Einheitsstaat. Hinter dem Festhalten des Patriarchen an seinem Titel «Ökumenisch» wittern sie finstere politische Absichten.

Streit um ein Kreuz

Auch den armenischen Christen sind die türkischen Behörden einen kleinen Schritt entgegengekommen. Erstmals seit der systematischen Vertreibung der anatolischen Armenier in den Jahren 1915/16 durch das damals herrschende jungtürkische Regime durfte in der aus dem 10. Jahrhundert stammenden Heilig-Kreuz-Kirche auf der Insel Akdamar im Van-See im Osten des Landes wieder ein Gottesdienst abgehalten werden. Die Messe am 19. September begann mit Kirchengeläut vom Tonband. Die Kirche wurde vom türkischen Staat restauriert und 2007 als Museum geöffnet, allerdings ohne das Kreuz auf der Kuppel. Trotz vollmundigen Versprechens der Behörden fehlte dieses auch am Tag des Gottesdienstes.

Daran entzündete sich eine heftige Kontroverse. Vor allem Armenier aus Armenien und der Diaspora sagten ihre Teilnahme am Gottesdienst ab. Die Behörden redeten sich mit dem Hinweis auf technische Schwierigkeiten heraus. Das Kreuz sei sehr schwer, und es brauche mehr Zeit, es auf die Kuppel zu hieven. Es stellt sich allerdings die Frage, warum denn nicht früher mit den Arbeiten begonnen wurde. Die Vermutung liegt nahe, dass es am politischen Willen gefehlt hat. Die türkische Presse feierte den Gottesdienst trotz allen Misstönen als grosse Geste der Aussöhnung des türkischen Volkes mit der eigenen Vergangenheit. Das ist eine gewaltige Übertreibung. Auch wenn in der Türkei in den letzten Jahren offener über die Vertreibung der Armenier gesprochen wird, so ist das Wort Genozid nach wie vor tabu. Nach Meinung des türkischen Staates, der noch immer die Deutungs-hoheit über historische Ereignisse für sich beansprucht, hat es in der Geschichte der Türkei nie einen Völkermord gegeben. Daran hält die offizielle Geschichtsschreibung bis heute strikte fest.

Missachtete Rechte der Christen

C. Sr. · Die Zahl der Christen, die heute in der Türkei leben, wird auf 150 000 geschätzt, bei einer Gesamtbevölkerung von 72 Millionen. Die grösste Gemeinde mit rund 60 000 Angehörigen bilden die Armenier. Die meisten leben in Istanbul. Hinzu kommen 10 000 bis 15 000 syrisch-orthodoxe Christen sowie einige wenige tausend Griechisch-Orthodoxe. Bei der Gründung der Türkischen Republik im Jahre 1923 war noch jeder vierte Bewohner Istanbuls griechisch-orthodox. Auch die Zahl der katholischen und protestantischen Gemeinden ist klein. Viele ihrer Mitglieder sind muslimische Konvertiten. Zu den nichtmuslimischen Minderheiten zählen auch die Juden. Es sind heute noch 20 000. In ihren Schulen unterrichten sie, anders als die Griechen und Armenier, in türkischer Sprache.

Nach dem griechisch-türkischen Krieg von 1919 bis 1922, der mit einer vernichtenden Niederlage der Truppen Griechenlands und dem Verlust aller Territorien in Anatolien endete, kamen

Athen und Ankara überein, die Bevölkerung auszutauschen. Als Kriterium diente die Religion, nicht die Sprache. Rund 1,3 Millionen Christen (vor allem Griechen) mussten die Türkei praktisch über Nacht verlassen. Umgekehrt wurden rund 400 000 Muslime von Griechenland in die Türkei umgesiedelt. Ausgenommen von dieser Regelung waren die Griechen, die in Istanbul und auf zwei den Dardanellen vorgelagerten Inseln lebten. Im Gegenzug durften die Muslime Westthrakiens, mehrheitlich Türken und Pomaken (islamisierte Bulgaren), in Griechenland bleiben.

Schon zuvor hatten die Jungtürken, die im multiethnischen Anatolien einen türkischen Nationalstaat schaffen wollten, die dort lebende armenische Bevölkerung deportiert. Bei Massakern und auf Todesmärschen kamen Hunderttausende ums Leben. Die Armenier und auch die meisten nichttürkischen Historiker sprechen von einem Völkermord. Nach offizieller türkischer Version han-

deltete es sich um kriegsbedingte Umsiedlungen. Dabei habe es zwar Opfer gegeben, von einem Völkermord könne jedoch nicht die Rede sein. Vor dem Ersten Weltkrieg hatten zwei Millionen Armenier in Anatolien gelebt.

Der Bevölkerungsaustausch war Teil des Vertrags von Lausanne aus dem Jahre 1923, der die Gründung der neuen Türkischen Republik im gleichen Jahr ermöglichte. Der Vertrag garantierte die Rechte der verbliebenen nichtmuslimischen Minderheiten in der Türkei sowie der muslimischen Minorität in Griechenland. Die Christen in der Türkei haben demnach das Recht auf eigene Schulen und die Verwendung ihrer Muttersprache. In dem Dokument heisst es auch, dass türkische Bürger, die zu den nichtmuslimischen Minderheiten gehörten, die gleichen politischen Rechte wie die Muslime hätten. Diese im Friedensvertrag verbrieften Rechte wurden aber in den folgenden Jahrzehnten bis heute immer wieder verletzt.